Einzelpreis 20 Pfg. • 4. Jahrgang

Freitag, 18. Februar 1921

Nummer 82 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 18,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Erstellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Internationale Solidarität

Ein Manifest der Französischen Sozialistischen Partei

Der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei, der am 13. Februar in Paris tagte, hat ein besonderes Manifest zur Frage der Wiedergutmachung angenommen. Das Manifest hat folgenden Wortlaut:

„Der Nationalrat der sozialistischen Partei (S. F. I. O.), der in außerordentlicher Sitzung am 13. Februar 1921 in Paris versammelt ist, erinnert daran, daß die Geeinigte Sozialistische Partei (S. F. I. O.) auf ihrem Kongreß von 1919 sich gegen den Vertrag von Versailles ausgesprochen hat. Seit jenem Datum hat die Erfahrung der Tatsachen gezeigt, daß die Sozialistische Partei sich nicht irrte, als sie den Vertrag für ungeeignet erklärte, Europa aus dem wirtschaftlichen und politischen Chaos herauszuführen, das durch den Krieg hervorgerufen wurde und Frankreich instand zu setzen, seine gerechtfertigten Wiedergutmachungsforderungen zu verwirklichen.

Die Regierungen der Ententestaaten können heute nicht mehr verkennen, daß einzig und allein die internationale wirtschaftliche Solidarität die Wiederherstellung eines Minimums von finanziellem Gleichgewicht und die Regulierung der Produktion sowohl als des Austausches der Rohstoffe und der Fertigwaren ermöglichen würde. Trotzdem haben sie auf ihrer Pariser Konferenz die Regeln des Versailler Vertrages nicht preisgegeben, Regeln, die nicht imstande sind, den Erfordernissen der gegenwärtigen internationalen Krise gerecht zu werden.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei (S. F. I. O.) nimmt Kenntnis von dem am 3. Februar 1921 unter dem Titel: „Gegen die Zerstörung des Wirtschaftslebens! Gegen Chauvinismus und Nationalbolschewismus!" vom Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlichten Aufruf. Die Unabhängige Partei erinnert, daß sie stets die Wiedergutmachung der Schäden, die der deutsche Militarismus andern Völkern zugefügt hat, eingetreten sei und auch diesmal richtet sie an ihre Regierung folgendes Verlangen: „Wir fordern von der deutschen Regierung, daß sie ernste und gründliche Verhandlungen über die wirtschaftlichen Forderungen führt. Sie hat dabei die Pflicht der Wiedergutmachung anzuerkennen.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Partei Deutschlands erklärt die wirtschaftlichen Forderungen des Ententekapitalismus für undurchführbar und weist auf die Folgen hin, die sie nicht nur für das deutsche Proletariat, sondern für die Arbeiter der ganzen Welt hätten; zu gleicher Zeit brandmarkt es aber auch in demselben Aufruf, die chauvinistische Ausbeutung der Pariser Beschlüsse, indem es schreibt: „Das Geschrei der deutschen nationalistischen Kreise nach einer Einheitsfront entspringt nur den reaktionären Absichten auf Wiederherstellung des Militarismus und der Monarchie. Die Forderungen des Ententekapitalismus werden von den nationalen Parteien zu einer chauvinistischen Kriegshetze gegen den „Feindbund" ausgenutzt.

Die Kriegshetze hat im kommunistischen Lager Unterstützung gefunden. Das Verhalten der Kommunistenführer in München entspricht genau dem Bündnis der russischen Kommunisten mit Enver Pascha. Der chauvinistischen wie den nationalbolschewistischen Kriegstreibereien tritt die Unabhängige Sozialdemokratie mit fester Entschlossenheit entgegen.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei (S. F. I. O.) begrüßt diese entschiedene Haltung der Unabhängigen Partei gegenüber allen Formen des deutschen Nationalismus, die den französischen Sozialisten erlauben wird, die sehr große Mehrheit des deutschen Proletariats gegen die gefährlichen Verdächtigungen zu verteidigen, die von der reaktionären Presse unseres Landes gegen sie geschleudert wurden auf Grund der Haltung der bayerischen Kommunisten.

Der Nationalrat begrüßt es ebenfalls, daß die Unabhängige Partei die Entwaffnung fordert, indem sie erklärt, „daß es sich um die Entwaffnung der deutschen Konterrevolution, um die Frage der radikalen Vernichtung aller nationalistischen Rachepläne handelt."

Der Nationalrat hält es für seine Pflicht, bei dieser Gelegenheit der öffentlichen Meinung Frankreichs in die Erinnerung zurückzurufen, daß die seit dem Waffenstillstand allzulange in Bayern und in den besetzten Gebieten von französischen Diplomaten und Generalen befolgte Politik, zur Stärkung gewisser Formationen beigetragen hat, deren unzweideutig militärischer Charakter heute erwiesen ist und deren Auflösung die Entente, unter Zustimmung der Arbeiterklasse Deutschlands fordert.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei (S. F. I. O.) beauftragt seine Delegierten zur Wiener Konferenz sich mit den Delegierten der Unabhängigen Partei Deutschlands und der Independent Labour Party Englands ins Einvernehmen zu setzen, um eine gemeinsame Konferenz vorzubereiten der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse Frankreichs, Deutschlands und Englands. Auf dieser Konferenz sollen die praktischen Lösungen des Wiedergutmachungsproblems geprüft werden.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei bringt dem deutschen Proletariat, in dessen Namen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei spricht, und in dem es die Verkörperung des revolutionären, sozialistischen und republikanischen Willens des neuen Deutschland sieht, seine brüderliche Sympathie zum Ausdruck. Er wünscht dem sozialistischen und proletarischen Deutschland, in den großen Kämpfen, die zwischen ihm und der pangermanistischen Reaktion bevorstehen, den Erfolg, der allein seine von der militaristischen Reaktion bedrohte republikanische Konstitution retten kann und der auch die Vorbedingung bildet sowohl für eine fruchtbare Wiederaufbau- und Wiederannäherungsaktion zwischen den Völkern, als einen wirksamen Kampf gegen die Reaktion und die militaristischen Strömungen in den Ländern der Entente."

Ein Manifest der englischen Arbeiter

Gegen die Pariser Beschlüsse

London, 17. Februar.

Der Parlamentsausschuß des Gewerkschaftskongresses und der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutschland geforderte Entschädigung nicht gezahlt werden könne, auf eine nochmalige Erwägung des Betrages der deutschen Entschädigung im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes gedrungen wird. Das Manifest erklärt, die Bedingungen des Friedensvertrages seien die Hauptursache der augenblicklichen Erwerbslosigkeit, da sie die wirtschaftliche Erholung der ruinierten Länder und die Wiederherstellung ihrer Kaufkraft verhinderten. Der von Deutschland geforderte riesige Tribut werde die Fähigkeit des deutschen Volkes, englische Waren zu verbrauchen, noch weiter vermindern. Die Entschädigung könne nur in Ausfuhr bezahlt werden, während Deutschland 42 Jahre lang nur unbedingt notwendige Lebensbedürfnisse im Ausland kaufen dürfe. Dies bedeute, daß der englische Markt in Deutschland nicht wiederhergestellt werden könne, was zu einer Fortdauer der Erwerbslosigkeit führe. Der Verlust des Vorkriegshandels mit Deutschland und Oesterreich genüge allein schon, um die augenblickliche Not in England zu erklären. Das Manifest erklärt, Deutschland könne und solle die tatsächlich angerichteten Zerstörungen wiedergutmachen, die Rechnung sei jedoch gestiegen durch Anrechnung von Pensionen und Vergütungen, die unvereinbar seien mit den vor dem Abschluß des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest nicht nur eine neue Erwägung der Entschädigungsforderung, sondern auch eine Aenderung des gesamten Verhaltens der Alliierten gegen Mitteleuropa und Rußland.

Die Manifeste der englischen und französischen Arbeiter sind von großer Wichtigkeit. Sie zeigen, daß die Arbeiter der Ententeländer die Interessen des internationalen Klassenkampfes über die nationalen Interessen der Bourgeoisie stellen. Daß besonders die starken Zentren des internationalen Klassenkampfes, wie sie die englische und französische Arbeiterbewegung darstellen, sich ihrer internationalen Pflicht in vollem Maße bewußt sind, ist eines der erfreulichsten Zeichen in dieser Zeit der Zersplitterung der internationalen proletarischen Kampffront. Von dieser energischen, zielbewußten Fortführung des internationalen Klassenkampfes, nicht von utopistischen Wahngebilden, erwarten wir die endgültige Lösung der durch den Weltkrieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Wirrnisse.

Amerika zieht sich zurück

EE. Paris, 18. Februar.

Die amerikanische Regierung beschloß, ihren Vertreter in der Wiedergutmachungskommission abzuberufen, wie sie schon vor einiger Zeit ihren Vertreter in der Botschafterkonferenz abberufen hatte. Der amerikanische Delegierte Boysen hatte übrigens in der letzten Zeit nur mehr die Rolle eines Beobachters gespielt. Die demokratische Regierung Wilsons hat zweifellos eine klare Situation schaffen wollen, bevor sie das Weiße Haus verläßt. Die Republikaner werden sich nunmehr zu entscheiden haben, welche Haltung sie gegenüber der Wiedergutmachungskommission einnehmen wollen. Es wird erwartet, daß auch die amerikanischen Truppen noch vor dem Amtsantritt Hardings aus Koblenz abmarschieren.

Die „Times" melden aus New York, daß die neue Einladung der Alliierten an die amerikanische Regierung zur Entsendung eines Vertreters zur Londoner Konferenz vom Präsidenten erneut abgelehnt wurde. Ein Einspruch Wilsons gegen die Pariser Beschlüsse ist jedoch noch nicht erfolgt.

Russisch-schweizerische Handelsbeziehungen. Nach dem „Züricher Volksrecht" haben Schweizer Industrielle die Absicht, eine russisch-schweizerische Handelsgesellschaft zur Begünstigung des Handels mit Sowjetrußland zu gründen. An dem Unternehmen sind auch Schweizer, die sich in Rußland niedergelassen haben, beteiligt.

Van den Kerkhoff und Co.

Die deutschnationale Volkspartei hat sich ein großes Verdienst erworben, daß sie ihr Mitglied van den Kerkhoff dem Deutschen Reichstage erhalten hat. Dem bisher in der Oeffentlichkeit bekannten Bilde dieses Siegelbrechers und Steuerdefraudanten fehlen noch einige markante Striche, welche wir hiermit nachtragen wollen.

Im Frühjahr 1919 beabsichtigte das Reichswirtschaftsministerium die Gründung einer Außenhandelsnebenstelle für die Kleineisenindustrie mit dem Sitz in Elberfeld. Neben den Industriellen sollten auch die Händler und Verbraucher, zu gleichen Teilen Unternehmer und Arbeiter, nach dem bekannten Muster der Wisselschen Planwirtschaft darin vertreten sein. Gegen derartige „sozialistische" Pläne rüsteten die Kleineisenindustriellen zum Sturm und der Hauptangriff erfolgte in einer Versammlung am 14. Juni 1919 im evangelischen Vereinshause zu Elberfeld. Kerkhoff war einer der drei Referenten und Ruser im Streit gegen jede Einmischung:

„Ob wir von vornherein mit dem Handel und den Arbeitnehmern zusammen verkehren wollen oder nicht, müssen sie uns überlassen, zunächst zu beraten."

Kerkhoff kennt auch seinen Wert sehr genau, der selbstverständlich himmelhoch erhaben ist über dem eines Arbeiters:

„Nur der kann seine Pflicht tun, der als Persönlichkeit noch etwas gilt, dessen Gaben und dessen Intelligenz eingeschätzt wird als das, was sie sind, nämlich nicht als Dutzendware, die man auf jedem Markt für billiges Geld kaufen kann, sondern als etwas, was überhaupt nicht käuflich ist ... Glaubt man ernsthaft, daß sich noch irgend etwas von diesem Wirken der Persönlichkeit zeigen wird, wenn man den Fleißigen mit dem Faulen, den Klugen mit dem Dummen, den Sparsamen mit dem Verschwender, den Gutwollenden mit dem Uebelwollenden gesetzlich zusammenschweißt?

Von dem Wettbewerb des Ehrlichen mit dem Unehrlichen, dem Anständigen mit dem Unanständigen, dem Steuerdefraudanten mit dem Steuerzahler sprach, wie man sieht, Herr Kerkhoff nicht. Dafür drohte er natürlich aber gegen die Gemeinwirtschaft und meinte:

Dabei sind wir zum äußersten entschlossen, und zwar einerseits zum Streik, wenn es sein muß, allen Lockungen gegenüber, diese utopischen Pläne mitzumachen, und andererseits zum kräftigen Beiseiteschieben alles dessen, was sich uns in den Weg zu stellen wagt, wenn wir unter Einsetzen unserer ganzen Persönlichkeit und aller gottgeschenkten Gaben des Landes Bestes suchen.

Das „kräftige Beiseiteschieben" hat dann Kerkhoff durch die Praxis des Siegelbruches durch eine, die bisher natürlich „völlig unbewiesene", Hilfe bei dem Verschwinden seiner Steuerakten und Geheimbücher durch die Tat bewiesen. Aber Herr Kerkhoff ist natürlich auch sehr fromm und gottesfürchtig. Steuerhinterzieher pflegen diese Eigenschaften ja bekanntlich stets in einer höheren Stufe zu besitzen, je höher der hinterzogene Betrag ist.

Er, der hunderttausende für die Bestechung anderer ausgegeben hat und sich nun aus Furcht vor Strafe weigert, darüber nähere Angaben zu machen, ist natürlich, genau wie seine Parteifreunde Helfferich und Hergt, der Berufenste über die Korruption — bei anderen — zu klagen.

„Waren wir damals stolz darauf, das unbestechlichste Volk der Welt zu sein, blickten wir mit großer Verachtung beispielsweise nach Rußland, wo allein die Höhe der Bestechung ausschlaggebend für den sogenannten Erfolg war, so werden wir bis in die Seele hinein erschüttert, wenn wir an die Gegenwart mit ihrer entsetzlichen Korruptionswirtschaft denken, einer Korruptionswirtschaft, wogegen die russische tatsächlich ein Kinderspiel genannt werden muß."

Dieser durch das bloße Ansehen der Korruption — bei andern — erschütterte Kerkhoff ist ein Prachtmensch. Doch die Erschütterung hält nicht lange an und er zeigt in einem unbegreiflichen Anfall von Ehrlichkeit bereits den Weg, wie man selbst korrumpiert:

„Wenn wir alle in der Zwangsjacke drinsitzen, dann ist es ganz klar, daß nur derjenige von dem Ding befreit wird, der mit seinem Wärter am besten zu reden versteht, und auch derjenige wird die beste Gummizelle bekommen, der die besten Beziehungen hat."

Und nach diesen famosen Grundsätzen handelt dieser Edelmensch dann. Daß ihn aber nur edle Motive leiten, wenn er in größtem Umfange die Korruption zu befördern suchte, ist unbestreitbar, denn er sagt ja selbst:

„Nicht die Freude am Protest gab Veranlassung, die Kleineisenindustrie aufzurufen ... wir haben wahrhaftig besseres zu tun — auch nicht egoistische Gründe sind es, die zu unserm Vorgehen geführt haben, sondern allein die Sorge um den Wiederaufbau unseres darniedergeschmetterten Vaterlandes."

Das ist der edle Herr van den Kerkhoff im selbstgewebten Glorienkleide, der Seite an Seite mit Herrn Helfferich den Kampf gegen den Drachen Korruption führt. Eine Zierde der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Möge sie ihr noch recht lange erhalten bleiben.

Die Akten Kerkhoffs sind „abhanden gekommen". Der Geldschrank hat seine Siegel verloren. Wie dies geschehen konnte, darüber ist eine Untersuchung im Gange. Wir wollen den Behörden ein klein wenig auf die Spur helfen. Wie bekannt, hat sich Kerkhoff als Abgeordneter um das Eisen- und Stahlwerk „Krone" verdient gemacht. Das Eisen- und Stahlwerk Krone ist ein Unter-

nehmen von etwa 3½ Millionen Mark und Eigentum eines ehemaligen Metalldrehers Wagner, der während des Krieges „dick verdiente“. Kerkhoff, früher Buchhalter bei einer Krefelder Seidenfirma, ist der Direktor des Werkes. Wie die Geschäftspraxis war, ist aus einem Artikel des Zivilingenieurs Lorenz zu ersehen, den dieser im Juli 1919 in der Elberfelder „Freien Presse“ veröffentlichte. Darin heißt es:

„Norden (ein ehemaliger Rechtsanwalt, der bei dem berüchtigten Bankdirektor Ohm in die Schieberschule gegangen war. Die Red.) setzte zunächst durch, daß Wagner riesige Aufträge vom Feuerwerkslaboratorium in Siegburg erhielt, und ferner, um diese Aufträge ausführen zu können, einen Barvorschuß von einer Million Mark. Hiermit hat Wagner sein Geschäft gemacht und Unsummen verdient. Alles, was die Firma Wagner und Englert lieferte, war gut. Wie dieses Resultat erreicht wurde, entzieht sich meiner Kenntnis; auffallend jedoch ist, daß die Abnahmebeamten Siegburgs, wie von mir persönlich gesehen, häufig mit Dr. Nolden in Köln in verschiedenen Weinrestaurants aßen und tranken was sie nur wollten und wozu sie Lust hatten. Daß Nolden Wagner einen Vorschuß von Siegburg in Höhe von einer Million Mark verschafft hat, hat mir Nolden selbst gesagt. Auch sagte er mir, daß er Material abgenommen erhielte, woran bei anderen nicht zu denken wäre. So wurde der schlichte Dreher zum Großkapitalisten. Herr Nolden aber ließ sich von den Lieferanten der Firma Wagner und Englert Provisionen zahlen.“

Der würdige Direktor eines solchermaßen „arbeitenden“ Werkes hat natürlich ein Recht darauf, von der deutschnationalen Fraktion geschätzt zu werden und Arm in Arm mit Herrn Helfferich Sturm zu laufen gegen das, was diese Herren Korruption nennen. Die deutschnationale Partei zeigt dadurch, daß die Korruption von ihren Anhängern begangen, in ihren Augen heilig ist, eine Lehre, die die Wähler am 20. Februar sicherlich beachten werden.

Kahrs Kampfansage

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 18. Februar.

In der gestrigen Landtagssitzung kamen die Interpellationen der U. S. P. D. und der S. P. D. zur Verhandlung, die von der Regierung Aufschluß über ihre Haltung zu den Pariser Beschlüssen forderten. Ministerpräsident Kahr drückte sich in der Antwort um alles Wesentliche herum. Die Regierung müsse an dem von ihr eingenommenen Standpunkt festhalten, daß die Einwohnerwehren nicht aufgelöst werden können und ihre Entwaffnung wegen der „bolschewistischen Gefahr“ unmöglich sei, trotz der Beschlüsse von Paris! Sollte die Reichsregierung zu der Anschauung gelangen, sich diesem Standpunkte nicht anschließen zu können, so müsse die Regierung für alle Maßnahmen, die sie etwa im Rahmen der Verfassung treffen wolle, auch die ausschließliche Verantwortung nach jeder Richtung hin tragen.

Der Redner der U. S. P. D. stellte in seiner Rede folgende zwei Fragen an die Regierung: „Wird die bayerische Regierung ihren Behörden bestimmte Anweisungen geben, die von der Reichsregierung angeordneten Entwaffnungsmaßnahmen durchzuführen? Wird die bayerische Regierung, wenn das Reich die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen anordnet, durch ihre offizielle Presse noch weiter den Standpunkt vertreten, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehren mit den Lebensinteressen des bayerischen Volkes unvereinbar ist?“ — Diese beiden Fragen wurden vom Ministerpräsidenten nicht beantwortet. Die Fraktion der U. S. P. D. erläßt deshalb heute in unserem Münchener Parteiorgan „Der Kampf“ folgende Erklärung:

„Die Landtagsfraktion der U. S. P. D. erklärt, daß die Antwort des Ministerpräsidenten auf die gestellten Fragen in der Landtagssitzung vom 17. Februar sich um den Kern der Sache herumdrückt. Die von unserem Fraktionsredner gestellten bestimmten Fragen sind nicht beantwortet worden. Die Fraktion weiß, daß die Machtverhältnisse im bayerischen Landtag ihr nicht die Möglichkeit geben, eine klare Stellungnahme des Ministerpräsidenten zu erzwingen. Sie wird den Kampf gegen die Regierung Kahr in der schärfsten Form fortsetzen und fordert die Genossen im Lande auf, sie in diesem Kampfe zu unterstützen und aufmerksam die politischen Ereignisse der nächsten Zeit zu verfolgen.

Die armen Leute von Doorn

Der „Bund der Aufrechten“, eine Vereinigung der Kaisertreuen ohne Rückgrat, macht in einem Blättchen darauf aufmerksam, daß im Hause Doorn große Not eingekehrt ist. Die „Enge der Räume“ mache sich besonders fühlbar, und es sei deshalb beim Finanzministerium Mitte Dezember die Lieferung von Gegenständen aus den „königlichen“ Beständen beantragt worden. Die harten Gemüter der preußischen Regierung, die anscheinend der Ueberzeugung waren, daß Wilhelm Hohenzollern schon genug Wertgegenstände aus Deutschland verschleppt hat, lehnten ab. Schrecklich! Es handelt sich nach der Mitteilung des „Bundes der Aufrechten“ ja nur „um Hausrat einfachster Art“, nach dem Wilhelm von Hohenzollern Verlangen hat, um sich „die drückende Enge seiner Räume“ behaglicher zu gestalten. Es waren nur folgende Gegenstände erbeten worden:

13 Tafelstühle, 12 Zugpendel-Beleuchtungen, 5 **Deckenbeleuchtungen mit Glasschirmen**, 6 Schiffsdecken-Beleuchtungen, 12 Schirme für Nachttisch-Lampen“, eine elektrische Lauflampe, 6 Spirituslampen, **12 Oelwandlampen**, 2 Petroleumlampen, 2 Paar Filzschuhe, **6 Nachttische**, 6 kleine Tische, 2 Waschtoiletten, 2 Besenschränke, 12 Gardinenstangen mit Konsolen, 12 Rohrstühle, **100 Seidenschirme für elektrisches Kerzenlicht.**

Das Haus Doorn, das Wilhelm Hohenzollern mit den Geldern der Steuerzahler angekauft hat, um dort das Ende seiner Tage zu verbringen, ist nun in Wirklichkeit ein riesiger Prachtbau und mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet. Wenn der Hohenzoller und seine kranke Frau unter der drückenden Enge der Räume tatsächlich leiden würden, dann dürften doch keine neuen Ausrüstungsgegenstände in die Wohnräume gebracht werden, denn dadurch wird die Enge doch noch drückender. Es scheint uns daher viel angebrachter, wenn die Ausstattungsgegenstände den armen Leuten zur Verfügung gestellt werden, die dank der Politik des ehemaligen Kaisers in Not und Elend geraten sind und nicht einmal ein Bett für ihre Kinder haben.

Das Ueberschichten-Abkommen

Wie wir gestern mitteilten, hat die organisierte Bergarbeiterschaft das Ueberschichtenabkommen gekündigt. Vom 13. März ab werden keine Ueberschichten mehr verfahren werden. Eine Begründung für diesen Schritt haben die vier Bergarbeiterverbände noch nicht veröffentlicht.

Das gibt zum Schaden der Bergleute allerlei Vermutungen Spielraum. Es ist sehr seltsam, daß die gleichen politischen Kreise, die seinerzeit die Bergarbeiterschaft nicht dringend genug an ihre vaterländische Pflicht zur Hergabe ihres letzten Atemzuges durch eine möglichst ausgedehnte Verlängerung der Arbeitszeit gemahnen konnten, heute die Kündigung des Ueberschichtenabkommens wie eine Selbstverständlichkeit, ja fast wie einen Triumph hinnehmen. Das hat gute Gründe, und die Herrschaften genieren sich nicht, diese Gründe auszusprechen. Die „Germania“ zum Beispiel, die sich ausführlich über die Kündigung des Abkommens verbreitet, behauptet mit einem deutlichen Hinweis auf die Pariser Forderung, die Bergarbeiter wollen mit der Kündigung zum Ausdruck bringen, daß sie nicht geneigt seien, die industrielle Reservearmee für den Kapitalismus der Ententestaaten darzustellen. Dieses Blatt also, und mit ihm die „Sozialistische Korrespondenz“ des Herrn Heilmann, die der „Germania“ zustimmt, geben diesem Schritt der Bergarbeiterverbände eine Auslegung, durch die die Aufkündigung der Ueberschichten zu einer Spitze gegen die Entente, also zu einem Teil des nationalistischen Abwehrtrummels wird.

Die Massen der Bergarbeiter gelten diesen Herrschaften also als Schachfiguren, die sie zum Zwecke ihrer immer mehr in völlige Hilflosigkeit versinkenden Politik hin und herschieben. Die Bergarbeiter sollten daraus lernen. Wenn sie diese Herrschaften gewähren lassen, ohne ernsthaft Einspruch zu erheben gegen eine solche Auslegung ihres Schrittes, dann kann es ihnen auch eines schönen Tages umgekehrt passieren, daß man sie unter ähnlichen Begründungen zur höheren Ehre des Reiches und zum vaterländischen Ruhme mit Maschinengewehren in die Gruben treibt, wenn es den Herrschaften wieder einmal paßt, mit einer schärferen Ausbeutung der Arbeitskraft der Grubenarbeiter politisch zu operieren.

Die vier Bergarbeiterverbände wenden sich mit der Kündigung des Ueberschichtenabkommens vor allem gegen die Verschleppung der Sozialisierung und ferner dagegen, daß die Regierung ihre bei der Vereinbarung des Abkommens übernommenen Verpflichtungen nicht gehalten hat. Weder hat die Regierung in ausreichender Weise für die Lebensmittelversorgung des Kohlengebietes gesorgt, noch für eine Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen. Darum mußte das Ueberschichtenabkommen gekündigt werden, und es ist nur ein unglücklicher Zufall, daß die Kündigung gerade in diesem Augenblick stattfindet, wo sie der dem Staat beherrschenden Ausbeutergesellschaft in ihren politischen Kram paßt.

Englische Schutzzollpolitik

Ein Antidumpinggesetz

In England hat sich seit langem eine große Bewegung gegen die Einfuhr ausländischer und besonders deutscher Industrieprodukte geltend gemacht. Die starke deutsche Ausfuhr nach England wird außerordentlich begünstigt und ist überhaupt nur möglich durch den Tiefstand der deutschen Valuta. Man hat in England für diese nach englischen Begriffen als Schleuderware gekennzeichneten Produkte den Ausdruck „Dumping“ geprägt. Diese Bewegung ist naturgemäß ungleich stärker geworden mit der Ausbreitung der Wirtschaftskrise in England selbst. Sie rückte der Regierung so energisch auf den Leib, daß diese in der neuen Thronrede die Vorlage eines Antidumpinggesetzes ankündigte. Dem „Star“ zufolge bezieht sich dieser Gesetzentwurf zum Schutze der britischen Industrie, der in der nächsten Woche im Unterhause eingebracht werden soll, auf drei Klassen von Industrien.

1. Industrien, die im Kriege wesentlich und im Frieden wichtig sind. Dies sind die „Schlüssel-Industrien“.

2. Industrien, die angeblich von dem unlauteren Wettbewerb durch eingeführte Waren, die unter Selbstkostenpreis verkauft werden, in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies sind die gedumpten Waren.

3. Industrien, die durch den Wettbewerb von Ländern bedroht werden, die infolge ihrer Währung in der Lage sind, die britischen Preise zu unterbieten und immer noch einen Vorteil dabei erzielen.

Der Gesetzentwurf sieht ein Verzeichnis von Artikeln vor, z. B. gewisse Chemikalien, Glaswaren, Porzellan, optische Linsen, Bogenlichtlampenkohlenstifte und Glühstrümpfe, die entweder überhaupt nicht nach England eingeführt oder nur unter Lizenz zugelassen werden sollen. Auf spezifizierte billige Waren soll ein Einfuhrzoll gelegt werden, der, mit den Währungen während einer Zeitspanne von Monaten steigend oder fallend, einen Ausgleich zwischen dem Preise der eingeführten und der im Inland erzeugten Artikel herstellen wird. Der Gesetzentwurf ist, wie „Star“ betont, in seinen wesentlichen Punkten durchaus schutzzöllnerisch.

Dieses „Antidumping“-Gesetz steht übrigens in schreiendem Widerspruch zu den Pariser Beschlüssen. Die 12½-prozentige Ausfuhrabgabe, die Deutschland auferlegt wird, hat doch überhaupt nur einen Sinn, wenn die deutsche Ausfuhr auf das höchstmöglichste Maß gesteigert wird. Wie die deutsche Ausfuhr aber gesteigert werden soll, wenn ihr die auswärtigen Märkte geschlossen werden, das bleibt das Geheimnis der Leiter der alliierten Politik.

Kleines Feuilleton

„Die Schlacht der Heilande“. Am 8. Februar führte das Stadttheater in Halberstadt als erste Bühne in Deutschland Alfred Brusts „Schlacht der Heilande“ auf. Bereits im vorigen Jahre hatte dieses Theater ein Werk Brusts, den „Ewigen Menschen“, zur Uraufführung gebracht. Es ist wichtig, diese Tatsachen festzuhalten. Von den Berliner Theaterleitern, von den Berliner Kritikern war damals, wie jetzt, niemand anwesend. Lohnt es denn, sich ausgerechnet in Halberstadt eine Premiere anzusehen? Es lohnt! Nur mit der größten Hochachtung kann man von diesem „Provinztheater“ sprechen, das mit schwachen Kräften und Mitteln eine Arbeit leistet, an die sich bisher ein großes reiches Theater mit reifen Schauspielern nicht wagt. Jener neue Dramatiker, der uns am nächsten angeht, der in diesem widerlichen Geschäftsbetrieb, zu dem das Theater mehr und mehr herabsinkt, eine neue, reine, eine wesentliche Bühne aufbaut, ein Dichter, noch ohne „Namen“ und also ohne Garantie des Erfolges, schwer, unerbittlich streng, dem Mythos nahe, ein Dichter, der unerhörte Anforderungen an Regisseur und Spieler und Hörer stellt, Anforderungen, denen mit erlernten Wirkungen gar nicht beizukommen ist, erlebt in Halberstadt seine ersten Aufführungen, die das Publikum vom ersten bis zum letzten Worte bannen. Diese Leistung des Theaters ist eine Tat. Dem Intendanten Stoll und dem Regisseur Kerb gebührt Dank. — Was ist das überhaupt für ein Theater? Ein höchst erstaunliches Stadttheater. Ein Spielplan ohne jede Konzession an den Ungeschmack. Keine Operette! Keine Berliner Posse! Keine Gastspiele berühmter Mimen! Ein vorbildlich künstlerisches Repertoire. Und ist dafür ein Publikum? Die Logen sind leer. Die Haute-volée der Stadt meidet ein Theater, das unbürgerliche Lehren vorträgt. Die Arbeiterschaft stützt es. Sie hat Vertrauen zu dem aufrechten Intendanten und geht dankbar mit. Es ist eine Freude, die man heute selten in Deutschland haben kann, zu sehen, wie sich eine mutige, ernsthafte, kompromißlose Tat, wenn sie nur ehrlich bleibt und keine Konzessionen macht, durchsetzt. Freilich hilft eine Presse, die — sowohl das bürgerliche wie das sozialistische Blatt — mit schöner Sachlichkeit und Feinfühligkeit die Leistungen der Bühne beurteilt und das Publikum erzieht. Es ist keine Uebertreibung, daß hier die künstlerische Tat eines Theaters schon im Sinne einer Gemeinschaftsbildung zu wirken beginnt. Und wie sehr gerade die Arbeiterschaft Verständnis zeigt, beweist die Tatsache, daß der frühere Bürgermeister, der aus finanziellen Gründen die Bühne schließen wollte, deshalb von der Arbeiterpartei zum Rücktritt gezwungen wurde. Und das Theater steht so günstig, daß es den bewilligten Fond nicht zu erschöpfen braucht. — Mich hat lange nicht eine Aufführung wie diese Premiere mit Freude und Zuversicht erfüllt, und ich beneide die Stadt um ihr „Provinztheater“. Wo bleibt Berlin? Alfred Brust hat dort Menschen erschüttert und geläutert. Wird bei uns zwischen Ungeschmack und Zote und Betrieb und Reklame Raum zu schaffen sein für das stolze und reine Wort eines Dichters? Adolf Behne

Noske-Kult und Noske-Bilder. Der „Weltbühne“ hat Herr Robert Breuer einen Artikel über den Zeichner George Grosz angedreht, der einen Fall von ungewöhnlicher politischer und journalistischer Dreistigkeit vorstellt. Herr Breuer, der plötzlich Grosz als einen Zeichner „unsterblicher Dokumente vom Tode des Militarismus, von seiner Fäulnis, seinem Blutgestank, seiner Bestialität“ feiert, gehörte, was er zu vergessen scheint, zu den Hausknechten Noskes, die in der Zeitgeschichte bald soviel Gestank hinterlassen haben, wie ihr Herr und Meister. Während die Minister aus Furcht vor den Wählern ihren Kampf gegen die Revolution angeblich zum „Schutze“ der Demokratie führten, schwelgten die Dienstboten, wie Herr Breuer, in Orgien der Unterdrückung, Presseknebelung und Verfolgung aller mißliebigen Blätter, Politiker und Künstler. Und unter den Künstlern wurde keiner in gleicher Weise von der Breuer-Sippe verfolgt und schikaniert wie George Grosz. Heute mögen die Teilnehmer der Pressekonferenz und die Mitglieder des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller bei der Erinnerung lachen, wie einst Herr Breuer am Tische oben den starken Mann spielte, kaltschnäuzig die Zensurschmach verteidigte und überhaupt bei jedem Anlaß die Pressefreiheit als unmöglich bezeichnete. Im Schutzverband wurden von einer kleinen Gruppe übermenschliche Anstrengungen gemacht, den Verband von den Herren Breuer und Rauscher zu befreien, die als Noske-Kult den Geist unterdrückten und danach im Verbande berieten, wie er (nämlich vor ihnen) zu schützen sei. In zahlreichen Sitzungen des Verbandes wurde als die schamloseste Unterdrückung immer wieder hervorgehoben, daß jede Zeitschrift ganz oder teilweise unterdrückt würde (die „Freie Welt“ drei Wochen), wenn sie es wagte, die „unsterblichen Dokumente vom Tode des Militarismus“ von Grosz zu veröffentlichen. Als damals Herr Breuer jeden dieser Opponenten als „Spartakisten“ niederbrüllte und die gesamte Opposition durch Versammlungsregie bis zur Beendigung des Blutbades und Zensurrausches zu knebeln wußte, ahnte wohl niemand, daß er bald darauf aufstehen, einen Hymnus ausgerechnet auf Grosz singen und die Zensurverfolgungen, die Grosz seit damals und durch ihn zu erleiden hatte „lächerlich“ finden würde. Wirklich eine Dreistigkeit, so groß wie einst die Gewalttätigkeit dieses Machtgewinnlers. Aber wenn Herr Breuer vergessen hat, was er getan hat oder es, wie Herr Rauscher, vergessen machen will, so haben die Zeugen ein besseres Gedächtnis und sie werden jede anständige Zeitschrift warnen, den Kampf gegen die Zensur durch jene Burschen führen zu lassen, die sie einst als Noske-Kult auf die Beine geholfen haben.

Die Beisetzung Kropotkins. Am 13. Februar fand in Moskau die feierliche Beisetzung P. A. Kropotkins statt. Die Leiche war mit einem Extrazug, der auch die nächsten Angehörigen und eine Ehrenwache mit sich führte, nach Moskau gebracht und im Gewerkschaftshaus ausgestellt worden. Aus allen Teilen Rußlands waren Abordnungen herbeigeeilt, die Kränze am Sarge niederlegten. Der Leichenzug, der sich zu einer großartigen Massenkundgebung gestaltete, wurde von den Vertretern des Sowjets, der wissenschaftlichen Institute und der russischen Studentenschaft geführt. Die Massen bildeten ein meilenlanges Spalier zum Friedhof. Tausende schlossen sich dem Trauerzuge an. Am Grabe sprachen die Vertreter einiger Parteien, des Moskauer Sowjets, der wissenschaftlichen Institute, der Künstler u. a. m. Für die Anarchisten Amerikas nahm Emma Goldmann das Wort. Nach der Beerdigung schlossen sich die Teilnehmer wieder zu einem imposanten Zug zusammen, der unter Absingung revolutionärer Lieder und unter Vorantragung roter sozialistischer und schwarzer anarchistischer Fahnen durch die Stadt zog, um sich im Stadtinnern in voller Ordnung aufzulösen.

Pöbelkämpfe um den „Reigen“. Die gemieteten und aufgehetzten christlich-sozialen Demonstranten haben in Wien die Polizeikette durchbrechen und in eine Vorstellung von Schnitzlers Reigen eindringen können. Stinkbomben und Stühle flogen in den Zuschauerraum und auf die Bühne. Die Polizei hat sich trotzdem nicht zum Verbot des Stückes entschließen können, sondern auf Grund einer alten Verordnung eine vorübergehende Einstellung der Vorstellungen verfügt. Auch dieses erscheint uns zu viel, da es sich ja gerade in Wien um eine Machtprobe zwischen der reaktionären Reichs- und der sozialdemokratischen Landesregierung handelt. Die Kämpfe sind ein neuer Beweis dafür, daß es immer erst intellektueller Denunzianten bedarf, um die Volksseele zum „kochen“ zu bringen.

Arbeiterschulen in Niederösterreich. Unsere österreichischen Genossen haben auf dem Gebiet der Arbeiterbildung große Erfolge zu verzeichnen. Wie Josef Luitpold Stern in der „Bildungsarbeit“ mitteilt, sind in kleinen niederösterreichischen Orten nicht weniger als 50 Arbeiterbildungsschulen gegründet worden, die Sonnabend und Sonntag zusammenhängende Vortragskurse bieten. Die Schulen werden von Wien aus organisiert, indem Bildungstourneen ausgeschickt werden. Veranstalter sind die Provinz-Unterrichtsausschüsse.

Das Programm der Schulen ist für 1921 auf folgenden Themen eingestellt: Was wollen die Sozialisten? — Von Revolution zu Revolution 1789, 1848, 1918. — Frau und Sozialismus. — Kulturwert der Gewerkschaft. — Von der Wirtschaftsanarchie zur Planwirtschaft. — Das Betriebsrätegesetz. — Aufgabenkreis der Betriebsräte. — Sozialpolitik in der Republik. — Die Idee der Genossenschaft. — Kirche und Christentum. — Der Arbeiter und Kunst.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz wächst so auch in der Provinz die Arbeiterbewegung aus dem Arbeiterbildungswesen neu gestärkt hervor.

Das Märkische Wandertheater, dessen kulturelle Arbeit längst anerkannt ist, befindet sich wieder in finanziellen Schwierigkeiten. Bei den heutigen Eisenbahnpreisen, deren Erhöhung wieder bevorsteht, kann sich das Theater allein nicht halten. Dabei braucht es nur 40—50 000 M. Sind die wirklich nicht aufzutreiben, wo das Reich 70 Millionen für seine Bummsdara-Militärmusik ausgibt?

Tages-Notizen

Volkstümliche Vormittagskonzerte der Staatsoper im Großen Schauspielhaus. Das erste Konzert am Sonntag, 27. Febr., bringt in geschlossener Folge sämtliche Vorspiele von Richard Wagner, sowie die Faust-Ouvertüre zum Vortrag. Dirigent: Max von Schillings. Beginn 10½ Uhr.

Aus den Museen. Wegen der Wahlen bleiben Sonntag das Alte und Neue Museum, das Kaiser-Friedrich-Museum, das Museum für Völkerkunde, die Sammlung für deutsche Volkskunde und das Zeughaus geschlossen. — Das Kunstgewerbemuseum ist wegen des Umzuges von der Prinz-Albrecht-Straße nach dem Schloß am Lustgarten ebenfalls nicht geöffnet.

Kleine Mitteilungen. Der Ukrainische Chor Berlin-Kiew (identisch mit dem Ukrainischen Nationalchor) konzertiert am 20. Februar in der Charlottenschule (Nikolsburger Platz), am 23. Februar Viktoria-Lyzeum (Uhlandstr. 91), 28. Februar Reform-Gymnasium (Prinz-Regenten-Str. ...). In den Kammerspielen finden am 20. und 27. Febr. Chansons-Matineen von Jasma Selim und Ralph Benatzky statt. — Einen Hebbel-Abend veranstaltet der Volkskraft-Bund Sonntag, 7½ Uhr, ... Mitwirkende: Lotte Rosenbaum (Rezitation), Dr. P. A. Silbermann (einführender Vortrag).

Wählt am 20. Februar nur die Liste der USPD.

Die Masken fallen!

Gewaltige Besteuerung des Zuckers in Aussicht!

Das Ungeheuerliche soll Tatsache werden, die Regierung will die Erhöhung der Besteuerung des Zuckers von 14 M. für 100 Kilo auf — 100 M. durchsetzen. Sie hat dem Reichsrat einen entsprechenden Entwurf vorgelegt mit der Bitte, über ihn schleunigst Beschluß zu fassen. Die Durchsetzung dieser Absicht bedeutet, daß die Steuerbelastung für das Pfund Zucker, die jetzt 7 Pfennig beträgt, auf 50 Pfennig gesteigert wird. Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, rechnet das Reichsfinanzministerium bei dieser Heraufsetzung der Zuckersteuer um 86 M. anscheinend selbst mit einem sehr starken Widerspruch, was aus der Begründung des Gesetzentwurfs klar hervorgeht. In dieser wird damit operiert, daß der Zuckergroßhandelspreis um das Siebenfache und der Kleinhandelspreis um das Dreizehnfache des Friedenspreises gestiegen sei, und der alte Steuersatz zu dieser starken Preissteigerung in keinem Verhältnis mehr stehe.

Diese Argumentation ist echt bureaukratisch und läßt jeden Funken sozialen Empfindens vermissen. Weil die Preise für Zucker gestiegen sind, soll auch die Besteuerung steigen! Wäre dieser Grundsatz verwirklicht worden, so bedeutete das, daß der Staat aus fiskalischen Gründen an der Preissteigerung der Erzeugnisse interessiert würde und daß die Erzeuger und der Staat wetteifern würden bei der Heraufsetzung der Preise. Gerade weil die Preise so gewaltig gestiegen sind und der Zucker für viele Familien bei diesem hohen Preis bereits jetzt zu einem Luxusartikel geworden ist, darf keine weitere Erhöhung des Preises eintreten. Denn sie würde einer Einschränkung des Zuckergenusses gleichkommen und dadurch schwere gesundheitliche Gefahren, insbesondere für Kinder und Kranke, bedeuten.

Wie verderblich diese Absichten der Regierung sind und wie sehr die Massen durch die Erhöhung der Zuckersteuer geschröpft werden sollen, erhellt die Tatsache, daß das Reichsfinanzministerium durch die Erhöhung der Zuckersteuer mit einer Mehreinnahme von rund einer Milliarde Mark rechnet. Das ist aber eine viel zu geringe Schätzung. Denn wenn die Zuckersteuer bei 14 M. Steuersatz bereits 200 Millionen bringt, so muß sie bei 100 M. mehr als das Siebenfache, also mindestens 1400 Millionen Mark, bringen.

So sollen die Massen geschröpft werden, indessen die Besitzsteuern dem Abbau entgegensehen!

Die Einheitsfront

Wie die nationale Einheitsfront, die die Regierungsparteien im Reiche mit vielem Lärm herstellen wollten, in der Absicht, damit einen Eindruck auf die Entente zu machen, aussehen sollte, das zeigen Veröffentlichungen über Verhandlungen der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen, die gegenwärtig durch die Presse gehen. Die Deutsche Volkspartei hat Aufzeichnungen über diese Verhandlungen in einer Broschüre veröffentlicht. Danach hat Herr Hergt, der Führer der Deutschnationalen, Verhandlungen mit den Abgeordneten Riesser und Becker als Vertreter der Deutschen Volkspartei geführt, wobei Herr Hergt den Eintritt der Deutschnationalen in eine „Regierung der nationalen Abwehr" zunächst abgelehnt hat. Da man in der Deutschen Volkspartei anscheinend nicht locker ließ und da angeblich nicht klar war, ob Hergt im Namen seiner Partei gesprochen oder nur eine private Meinung geäußert hatte, kam es abermals zu Verhandlungen. Um nun ähnliche „Mißverständnisse" auszuschließen, legten die Volksparteiler Hergts Erklärungen schriftlich nieder. Diese Erklärungen haben folgenden Inhalt:

1. Die Bildung einer Einheitsfront soll sich auf eine gemeinsame Stellung zur Regierungserklärung beschränken; darüber hinaus sei folgendes diskutabel:
2. ein Vertrauensvotum für ein Regierungsprogramm für die nächste Zeit unter Selbstvertagung des Reichstages;
3. Ernennung von Ministern mit diktatorischer Gewalt aus allen in Betracht kommenden Parteien einschließlich der Mehrheitssozialdemokraten unter Selbstvertagung des Reichstages.

So also sollte die Einheitsfront aussehen. Minister mit diktatorischer Gewalt und Selbstvertagung des Reichstages, dessen Pflicht es nur noch gewesen wäre, vor seiner Selbstentleibung, das heißt vor der Aufhebung des verfassungsmäßigen Zustandes, den Diktatoren in der Regierung ein Vertrauensvotum auszustellen.

Das „Berliner Tageblatt", das diese Erklärungen veröffentlicht, bemängelt daran nur, daß Hergt in der nationalen Frage in wenigen Stunden vollkommen umgefallen war. Er sei daher ein schlechter Führer. Gegen die Erklärungen selbst, also gegen die Einsetzung einer Diktatur, hat das Blatt nichts einzuwenden. Darf man daraus schließen, daß die Regierungsparteien bereit waren, auf dem Boden dieser Erklärung zu treten? Wollten auch sie den Reichstag nach Hause schicken und eine Diktatur von wenigen Ministern einsetzen, deren Aufgabe es dann gewesen wäre, den großen nationalen Rummel anzuordnen?

Dieser Vorgang zeigt, zu welchen Ungeheuerlichkeiten die Gesellschaft fähig ist, die in der Reichsregierung gegenwärtig beisammen sitzt. Der Vorgang ist lehrreich auch für die Preußenwahl. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn sie nicht gerade vor der Tür gestanden hätte. Wir wissen nicht einmal, ob wir der Rechtssozialisten in solchen Fällen sicher sein können, die man gnädigst in den Bund aufnehmen wollte. Es gibt zahlreiche Kompromißnaturen unter ihnen, die kaum Anstand daran genommen hätten. Am 20. Februar wird die Arbeiterschaft ihnen allen den gebührenden Denkzettel erteilen.

Der Lockspitzel als Wahlhelfer

Die Berliner Rechtspresse hat in den letzten Tagen mehrere angebliche Dokumente veröffentlicht, die den Nachweis führen sollten, daß die Kommunisten in den nächsten Wochen einen Putsch beabsichtigen. In Breslau soll am 13. Dezember 1920 eine Sitzung der Führer der Kampforganisationen stattgefunden haben, in der die entsprechenden Anweisungen gegeben worden wären. Wie jetzt von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind die Dokumente gefälscht. Das Material wurde schon vor zwei Monaten in der Form, wie es jetzt von der monarchistischen Presse veröffentlicht worden ist, den amtlichen Stellen in Breslau für 3000 M. zum Kauf angeboten. Das Oberpräsidium und das Polizeipräsidium prüften die Schriftstücke und stellten fest, daß es sich um Fälschungen handelt. Der deutschnationalen Presse waren die gefälschten Dokumente natürlich vor den Preußenwahlen sehr willkommen. Sie hat schon vor den Reichstagswahlen Putschpläne veröffentlicht, um die Wähler graulich zu machen, und glaubt nun, auch bei den Landtagswahlen mit demselben Manöver Dumme einfangen zu können. Da die Dummen in erster Linie den Wahlanhang der rechtsstehenden Parteien bilden, wird auch diesmal die Spekulation leider nicht ganz verfehlt sein.

Worum es geht!

Diese Frage beantwortet die „Deutsche Tageszeitung" in einem Leitartikel. Sie schreibt:

„Es geht doch nicht nur um das eine oder andere Ministerium, sondern um eine Erneuerung des preußischen Staatswesens in deutschem, christlichem und preußischem Geist. Das ist der tiefste Kern des Kampfes."

Das alte Preußen war das Preußen der Junker, der Reaktion, der Knechtschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Rechtlosigkeit der Frauen, des Dreiklassenwahlrechts. Das ist auch heute noch das Ideal der Deutschnationalen, die darum bei den Wahlen am 20. Februar eine vernichtende Niederlage erhalten müssen.

Späte Erkenntnis

Der „Vorwärts" macht darauf aufmerksam, daß die Polizeibehörden im Kreise Teltow ein merkwürdiges Interesse für die Organisationen der S.P.D. an den Tag legen. Sie ersuchen um Angabe der Mitgliederzahlen, der namentlichen Adressen der Vorstandsmitglieder u. a. mehr. Die Nachforschungen gehen auf ein Anweisung zurück, die der Landrat des Kreises Teltow den Ortspolizeibehörden am 27. Januar gegeben hat.

In dieser Anweisung wird auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ersucht, eine Uebersicht anzulegen über die bestehenden politischen Parteien, die Namen und Wohnungen der parteiischen Führer, Angabe der Parteibureaus, deren Telephonnummern, die Stimmenzahl bei Wahlen, Aufzählung größerer Fabriken und sonstiger Betriebe, deren Leiter, Angestelltenzahl, Telephonnummern, zuständige Technische Nothilfe usw. Ferner soll angegeben werden, welche staatlichen Organisationen, wie Reichswehr, Polizei, deren Führer und Standort, Technische Nothilfe usw. bei Unruhen herangezogen werden sollen.

Der Erlaß, auf den das Schreiben des Landrats Bezug nimmt, ist nun weder vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, noch in seinem Auftrag gezeichnet worden. Die Verordnung trägt die Unterschrift eines Freiherrn von Dungern und ist unter Umgehung des Regierungspräsidenten direkt an die Landratsämter versandt worden mit der Auskunft, die Angaben dem Freiherrn von Dungern nach Charlottenburg 5, Kaiserdamm 1, direkt zu übermitteln. Dort befindet sich das Charlottenburger Polizeipräsidium und es ist nun dringend zu wünschen, daß Aufklärung darüber geschaffen wird, welchen Posten der Freiherr von Dungern bekleidet und welche amtliche Stelle ihm den Auftrag zu seinen Schnüffeleien gegeben hat.

Der „Vorwärts" schreibt im Anschluß an seinen Bericht, daß die Arbeiter dieses Vorkommnis als eine Bedrohung ihrer Rechte empfinden. Der Willkür würde Tür und Tor geöffnet, es schiene so, als ob einzelne Herren bereits Morgenluft witterten und mit dem Austritt der Sozialdemokraten aus der preußischen Regierung rechneten.

Wir haben schon seit 2 Jahren gegen die polizeilichen Willkürmaßnahmen protestiert und das ganze Spitzelwesen, welches ausschließlich im Dienste der rechtsstehenden Parteien arbeitet, gebrandmarkt. Die polizeilichen Schnüffeleien, verbunden mit einem großangelegten Spitzelsystem, sind aber nicht erst allerjüngsten Datums. **Länger als zwei Jahre sind die linksstehenden Arbeiterparteien den polizeilichen Verfolgungen und Beschnüffelungen ausgesetzt.** Diese polizeiliche Willkürherrschaft kam unter der glorreichen Regierungszeit eines Noske und Heine zur Durchführung, **ohne das der „Vorwärts" oder irgend eine rechtssozialistische Parteiorganisation dagegen protestiert hätte.** Die Rechtssozialisten waren damals die Nutznießer des Belagerungszustandes und des Schandregimes, das von Heine und Noske wieder aufgerichtet wurde. Jenes Schandregime, das alles Toben der wilhelminischen Polizei in den Schatten stellte.

Es scheint uns daher sehr angebracht, wenn sich die preußischen Wähler vor dem 20. Februar diese Ereignisse wieder ins Gedächtnis zurückrufen und den Rechtssozialisten dafür bei den Preußenwahlen die entsprechende Antwort erteilen.

Der Wahlkampf der „Roten Fahne"

Der Redaktion der „Roten Fahne" ist der Spiritus ausgegangen. Da auch sie etwas für den bevorstehenden Wahlsieg ihrer Partei tun muß, eine Bekämpfung der Reaktion in Preußen aber anscheinend nicht für zweckmäßig und nicht im Interesse der kommunistischen Bewegung gelegen ansieht, wendet sie sich in einem Aufruf an der Spitze ihrer gestrigen Abendausgabe an die revolutionären Arbeiter, um wieder einmal aus voller Brust gegen die „Freiheit" als den schlimmsten Feind des Proletariats zu hetzen.

Das Blatt wirft uns vor, wir hätten zu allen möglichen Dingen geschwiegen. Wir hätten nichts dazu gesagt, daß der Zentralvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes drauf und dran ist, die stärkste Organisation der Eisenbahner „in einen Trümmerhaufen zu verwandeln". Wir hätten den Streik in Leverkusen nicht erwähnt. Andere Vorgänge im Gewerkschaftsleben, so den Konflikt in Halle und die Abwehr der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien in Mansfeld gegen kommunistische Aktionsversuche, hätten wir zwar erwähnt, aber was wir dazu geschrieben haben, das hat der „Roten Fahne" nicht gefallen. Darum müsse die Preußenwahl für uns „ein Gerichtstag" werden.

Wir müßten nun eigentlich auf diese Anrempelung der „Roten Fahne" alles Versäumte nachholen und die begangenen Fehler wieder gutmachen. Das ist leider nicht angängig. Wenn wir auf jeden Schwatz der „Roten Fahne" eingehen, wenn wir alle ihre Verdrehungen widerlegen wollten, dann müßten wir täglich die Hälfte unseres Raumes für diese undankbaren Versuche am untauglichen Objekt zur Verfügung stellen. Da wir aber unsere Hauptaufgabe nicht, wie eingestandenermaßen die „Rote Fahne" und die Kommunistische Partei, in der Zermürbung der Arbeiterbewegung durch die Vertiefung der Konflikte innerhalb derselben erblicken, sondern in der Bekämpfung der reaktionären Gefahren, so schweigen wir oft, wo wir eigentlich sehr deutlich reden müßten. Wir möchten der „Roten Fahne" aber sagen, daß dieses Schweigen weit öfter eine Schonung — vielleicht eine unangebrachte Schonung — der kommunistischen Zersplitterungstaktiker in den Gewerkschaften ist als eine Schonung der Gewerkschaftsführer, was die „Rote Fahne" behauptet. Außerdem schweigen wir oft, weil wir meist selbstverständlich nicht imstande sind, das irrsinnige Gebrüll der „Roten Fahne" mitzumachen, die in jedem Budenstreik ein Stück Weltrevolution sieht. Genügt das für heute?

Oeffentliche Wählerversammlungen

Schöneberg. Freitag, abends 7 Uhr, im Schwarzen Adler, öffentliche Wählerversammlung. Die Funktionäre treffen sich nach Schluß der Versammlung im selben Lokal.

Friedenau. Sonnabend, abends 7½ Uhr, spricht Genosse Dr. Löwenstein in der Louisen-Schule, Goßlerstraße, über: „Das Proletariat und die Landtagswahlen".

Grunewald. In der am 16. d. M. stattgefundenen Wählerversammlung im Grunewaldkasino, referierte Genosse Dr. Rosenfeld über den Friedensvertrag und die damit im Zusammenhang stehenden Forderungen der Siegerstaaten. Im Anschluß daran ging er der preußischen Verfassung zu Leibe und geißelte mit scharfen, treffenden Worten die Befugnisse des Staatsrates, der in der Lage ist, jedes neu zu beschließende Gesetz in Preußen zu Fall zu bringen. Das überaus sachliche Referat des Genossen Rosenfeld wurde durch einige deutschnationale, unreife Mädchen und Jungens durch sinnlose, so recht den geistigen Tiefstand dieser Klasse bezeichnenden Zwischenrufe gestört. Auf die Aufforderung des Versammlungsleiters, von der Aussprache ausgiebigen Gebrauch zu machen, zogen diese „teutschen Jungfrauen und Jünglinge" vor, zu kneifen. Nur ein junges Bürschchen stellte zähneklappernd eine Frage an den Referenten. Nachdem Genosse Rechtsanwalt Friedländer scharfe Abrechnung mit den deutschnationalen Ruhestörern gehalten und zum Kampf des gesamten Proletariats gegen die verhaßten Kapitalisten und Nationalisten aufgefordert hatte, ersuchte Genosse Rosenfeld in seinem begeistert aufgenommenen Schlußwort, auch am 20. Februar 1921 an alle die Sünden und Verbrechen der Reaktionäre zu denken und durch die Wahl der U. S. P. D.-Kandidaten der kapitalistischen Gesellschaft zu beweisen, daß „ihre Zeit" für immer vorüber sei. Mit einem Dank an den Genossen Rosenfeld für seine überaus sachlichen und packenden Ausführungen schloß Genosse Clauß die Versammlung.

Lichtenberg. Die zu Dienstag nach der Aula Parkaue einberufene Wählerversammlung hatte Massenbesuch in des Wortes verwegenster Bedeutung aufzuweisen. Die Aula, die Tribünen, die Treppenflure wiesen eine geradezu beängstigende Fülle auf und noch Hunderte mußten umkehren, die beim besten Willen keinen Stehplatz mehr erobern konnten. Der Referent, Gen. Dr. Weyl, sprach über das Thema: „Wo steht der Feind?" Er schilderte zunächst die Lage in Preußen-Deutschland, die Wirkungen der Forderungen der Entente, zu deren Abwehr in allen Ländern ein geschlossenes Proletariat unbedingte Notwendigkeit ist. Statt dessen sehe man überall die Arbeiterschaft sich gegenseitig zerfleischen und bekämpfen und so die Geschäfte der Reaktion besorgen. Der Referent wies mit Nachdruck darauf hin, daß nur aus der Zerrissenheit des Proletariats, die bürgerlichen Parteien den Mut hernehmen, eine solche Sprache zu führen, wie augenblicklich wieder. Gen. Dr. Weyl zeichnete die Stellung der U. S. P. zum Parlamentarismus, der selbstverständlich auch für uns nicht das Allheilmittel darstellt, sondern lediglich dem Zweck dient von der Tribüne des Parlamentes herab den Klassenkampf zu predigen. **Wir treten für unser Programm in den Wahlkampf, für unser Programm werben wir um die Wähler.** Im Interesse ihrer Familie, ihrer Kinder, ihrer Klassengenossen müsse jeder Mann und jede Frau am Wahltag mit einem Stimmzettel der U. S. P. D. an die Wahlurne treten, nur so wird dieser Tag ein Tag des Sieges und des Triumphes für das werktätige Volk werden. In der nun einsetzenden Diskussion nahm als erster Redner Pfeifer von der V. K. P. D. das Wort, der sich mit allem Möglichen befaßte, nur nicht mit dem zur Debatte stehenden Thema und den vom Referenten gemachten Ausführungen, er hielt augenscheinlich eine vorbereitete Rede, die nun zu dem Referat, das wohl seinen Erwartungen nicht entsprach, in gar keiner Beziehung stand. Auch der zweite Diskussionsredner sprach nicht zum Referat, sondern zu den Kämpfen in den Gewerkschaften. In einem kurzen Schlußwort widerlegte der Referent die Ausführungen des Redners von der V. K. P. und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Resultat der Wahl einen Schritt nach vorwärts bedeuten möge, auf dem Wege zur Einheitsfront des revolutionären Proletariats. Mit einem brausenden Hoch auf die U. S. P. D. schloß der Vorsitzende, Gen. Thurm, die imposante Versammlung.

Potsdam. In einer sehr stark besuchten Wahlversammlung im „Alten Fritz" in Potsdam sprach am Mittwoch Genosse Hilferding. In seiner Einleitung kennzeichnete er die Stellung unserer Partei gegenüber den Pariser Beschlüssen, die er als undurchführbar und für das internationale Proletariat als schädlich nachwies. Eingehend wies er nach, wie die nationalistische und die kommunistische Katastrophenpolitik keine Lösung bedeute, sondern nur neues Chaos und Elend gebären würde. Für uns sei eine nationale Einheitsfront ausgeschlossen, wir müßten im Gegenteil darauf achten, daß nicht die Erregung ausgenützt werde zu reaktionären Zwecken. Genosse Hilferding kennzeichnete dann die Absichten der Bourgeoisie und der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf Abbau der Besitzsteuern und Beseitigung der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft. Er wendete sich scharf gegen die Versuche zur Wiederherstellung der Monarchie und gegen die bayrischen partikularistisch-reaktionären Treibereien, die dem preußischen Partikularismus in die Hände arbeiteten. Er wies dann eingehend auf die Wichtigkeit der Reform der Verwaltung hin und geißelte im Anschluß daran die Klassenjustiz. Er zeigte die schwächliche Haltung der Rechtssozialisten und forderte zum einheitlichen Kampf des Proletariats zur Zurückdrängung der Reaktion und zur Verwirklichung des Sozialismus auf. — Die sehr zahlreich besuchte Versammlung stimmte den Ausführungen des Genossen Hilferding mit lautem Beifall zu. Trotz der anwesenden Gegner fand eine Diskussion nicht statt, und der Vorsitzende konnte die Versammlung, in der noch zahlreiche Neuaufnahmen für unsere Organisation gemacht werden konnten, mit einem Hoch auf die Partei schließen.

Wahlvorschläge für die Landwirtschaftskammerwahlen. Der preußische Landwirtschaftsminister macht bekannt, daß nach der Wahlordnung zu den Landwirtschaftskammerwahlen auch dann gewählt werden muß, wenn nur ein Wahlvorschlag zugelassen worden ist. In diesem Falle gelten also die Bewerber nicht ohne weiteres als gewählt. Durch die Verlegung des Wahltermins auf den 20. März und die Verlängerung der Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen bis zum 5. März ist für die Wahlvorbereitungen ein längerer Zeitraum geschaffen. Deshalb ist anzunehmen, daß Wahlbezirke, für die nur ein Wahlvorschlag eingeht, in nennenswerter Zahl nicht mehr vorkommen werden.

Die Steuermarken zu 25 Mark ungültig. Der Vertrieb von Einkommensteuermarken zu 25 Mark, hat, wie die Reichspostverwaltung mitteilt, mit sofortiger Wirkung eingestellt werden müssen, weil täuschend nachgebildete Falschstücke in beträchtlicher Menge in den Verkehr gebracht worden sind. Die im Verkehr befindlichen Einkommensteuermarken zu 25 Mark behalten bis zum 28. d. M. Gültigkeit. Nach diesem Datum entwertete Marken werden nicht mehr an Zahlungsstatt angenommen. Die nicht verwendeten echten Steuermarken zu 25 Mark sind bis zum 31. März gegen Steuermarken anderer Werte, aber nicht in bar, zum Nennwert bei den Postanstalten umzutauschen.

Groß-Berlin

Achtung, Parteifunktionäre!

Am Montag morgen wird eine Sonderausgabe der „Freiheit" erscheinen. Alle in den Wahllokalen tätigen Genossen müssen dafür Sorge tragen, daß die Resultate sofort, möglichst durch Boten (Radfahrer) oder telephonisch an die Redaktion der „Freiheit", Breite Straße 8/9, gesandt werden. Die Redaktion ist am Sonntag abend geöffnet, die Telephonnummern sind: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4921.

Herr Ritter will es nicht haben

Dem Bürgermeister Ritter mißfällt es, daß in den Diensträumen der städtischen Betriebe Wahlaufrufe politischer Parteien und Einladungen zum Besuch von Wählerversammlungen angeheftet werden. Er hat deshalb eine Verfügung erlassen folgenden Inhalts:

Magistrat. Berlin, den 9. Februar 1921.
J.-Nr. 540. R. K. 1/21.

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß Wahlaufrufe politischer Parteien und Einladungen zum Besuch von Wählerversammlungen vielfach auch innerhalb städtischer Diensträume angeheftet worden sind.

Ein derartiges Verfahren ist nicht allein ungehörig, sondern auch ganz unzulässig, und wir sehen uns daher veranlaßt, es hiermit ausdrücklich zu untersagen und die Herren Dienststellenleiter zu ersuchen, etwaige widerrechtlich angebrachte Plakate, und zwar jedweder politischer Parteirichtung, sofort wieder abnehmen zu lassen.

Gleichzeitig wiederholen wir unser bereits bei früheren Gelegenheit ausgesprochenes Verbot, Plakate und Ankündigungen an den Außenfronten der städtischen Dienstgebäude anzuheften, und bitten, auch hier gegebenenfalls für deren unverzügliche Beseitigung Sorge zu tragen.

Im Wiederholungsfalle ersuchen wir, die Schuldigen festzustellen zu lassen und zwecks strafrechtlicher Verfolgung zur Anzeige zu bringen. Ritter.

Herr Ritter verbietet zwar allen Parteien diese Art der Ankündigung in den Betrieben zu Wahlzwecken, aber einen Sinn hat diese Maßnahme wirklich nicht. Alle Arbeiter und Angestellten müssen für das politische Leben interessiert werden in einer Zeit, wo gerade die bürgerlichen Gegner aus der leider so großen politischen Gleichgültigkeit weiter Kreise den Vorteil ziehen. Seine Maßnahme wirkt deshalb nur im Sinne der reaktionären Parteien. Objektivität ist gut, aber es gibt auch eine solche, die zum politischen Selbstmord führt. Und das ist die Objektivität des Herrn Ritter, die schließlich seiner Partei, der Partei der Rechtssozialisten auf das Konto zu buchen ist.

Die Entscheidungen der Mietseinigungsämter sind unanfechtbar!

Ein sehr wichtiges Urteil hat das Reichsgericht in einem Revisionsverfahren gefällt. Es hat dahin entschieden, daß Beschlüsse der Mieteinigungsämter nicht einmal in formeller Hinsicht der Nachprüfung im ordentlichen Rechtswege unterliegen. Ein Mieter hatte Klage erhoben, weil das Mieteinigungsamt ihn vor der Entscheidung über einen höheren Heizungszuschuß nicht gehört hatte. Er klagte auf Feststellung, daß dieser Beschluß zu Unrecht bestehe. Seine Revision wurde zurückgewiesen. Das Reichsgericht führt der Deutschen Juristenzurückgewiesen. Das Reichsgericht führt der Deutschen Juristenzeitung zufolge aus, daß § 7 Abs. 1 der Verordnung über die Sammelheizungsanlagen vom 22. Juni 1919 die Entscheidungen der Schiedsstelle nicht nur der Anfechtung durch Rechtsmittel bedürfen, und zwar auch dann, wenn nur die formale Gültigkeit des Beschlusses der Schiedsstelle beanstandet werde. Auch wenn diese eine in den Rahmen ihrer Spruchbefugnis fallende Entscheidung unter Außerachtlassung wesentlicher Verfahrensvorschriften getroffen haben sollte, liege keine Ueberschreitung der Grenzen ihrer Zuständigkeit vor.

Aus dem juristischen in normales Deutsch übertragen, heißt das, daß die Entscheidungen der Mieteinigungsämter im ordentlichen Gerichtsverfahren selbst wegen formeller Verletzung der üblichen Vorschriften nicht angefochten werden können.

20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf). Es war eine Zangengeburt diese Wahl des Bezirksamtes. Beinahe ein halbes Jahr hatte der Fraktionsvorsitzende der S.P.D., Meyer, alle Roßtäuscherkünste spielen lassen, um nicht nur Unabhängige und Kommunisten, sondern auch seine eigenen Fraktionsgenossen an die Bürgerlichen zu verkaufen. Und dieser Mann, völlig bürgerlich im Denken und Handeln, wagte es, die Unabhängigen des Verrats zu zeihen, seine Fraktionsgenossen als Judasse zu kennzeichnen, weil sie seinen Verrat am Sozialismus nicht mitmachen wollten und nicht mitgemacht haben. Meyer und Genossen haben es erreicht, daß sich ihre Fraktion in zwei Teile gespalten hat. Nur so war es möglich, das Bezirksamt so zusammenzusetzen, daß der sozialistische Einfluß überwiegt. Eine rein sozialistische Zusammensetzung der besoldeten Bezirksamtsmitglieder wurde so unmöglich gemacht. Da die Stimme des einen Demokraten in der Bezirksversammlung den Ausschlag gab, hatten sich Unabhängige und Kommunisten mit der S.P.D.-Opposition auf den beim Bürgertum verhaßten Stadtrat Reichhelm, den bisherigen Leiter der Gemeinde Reinickendorf geeinigt. Danach sieht die Zusammensetzung der besoldeten Bezirksamtsmitglieder wie folgt aus: Bezirksbürgermeister Stadtrat Reichhelm (Demokrat), Stellvertreter Selke (U.S.P.). Stadträte werden Hecht (U.S.P.), Fischer und Kossart (V.K.P.D.), Neunzig und Scharff (S.P.D.). Zu unbesoldeten Stadträten wurden gewählt Schäfer (U.S.P.), Grafunder (V.K.P.D.), Schwabedahl (Bürgerliche S.P.D.) und Klempin (D.V.). Die bürgerliche S.P.D. konnte nur dadurch zu einem Mandat kommen, daß sie sich mit dem bürgerlichen Mischmasch in Listenverbindung brachte. Und das, trotzdem die Bürgerlichen ihr Versprechen gebrochen hatten, dem von der S.P.D. präsentierten Kandidaten als Bürgermeister die Stimme zu geben. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden vertagt. Die sehr zahlreich vertretene Zuhörerschaft würdigte durch lebhafte Kundgebungen die Reinwaschungsversuche der Meyer, Rotzoll und Konsorten entsprechend.

5. Verwaltungsbezirk. Zu der heute stattfindenden Bezirksversammlung müssen sämtliche Stadtverordneten und Bezirksverordneten anwesend sein, da wichtige Tagesordnung zu erledigen: Wahl des Bezirksamts.

Schöneberg-Friedenau. Heute abend 6 Uhr Fraktionssitzung Neues Rathaus, Zimmer 143.

Zwölfter Distrikt. Die Mitglieder treffen sich zur Wahldemonstration Sonnabend nachmittag 4 Uhr, Helmholtzplatz, Lychener Straße.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Etwas kälter, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit leichten Schneefällen und frischen nordwestlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Unwissenheit oder Verleumdung?

Die „Rote Fahne" bringt in der Donnerstag-Morgenausgabe folgende fettgedruckte eingeschachtelte Notiz:

„Die Amsterdamer Internationale ist gelb! Ihr Bureau der Arbeit wird von der Internationale der Kapitalisten, dem Völkerbund, in diesem Jahre mit 7 000 000 Goldfranken finanziert."

Das Bureau der Arbeit, das in Genf seinen Sitz hat und das der ehemalige französische Munitionsminister Albert Thomas leitet, soll nach Wissen der „Roten Fahne" 7 000 000 Goldfrank bekommen. Was natürlich die „Rote Fahne" genau weiß!

Aber was hat dieses Bureau mit der Gewerkschaftsinternationale zu tun, das von den Landesverbänden erhalten wird, die dem Sekretariat angeschlossen sind? Mit diesem dreisten Schwindel will man auf die Unwissenheit spekulieren und vortäuschen, als wäre die gewerkschaftliche Internationale mit Sitz in Amsterdam eine von Ententegeldern ausgehaltene Organisation. Daß man solche infame Schwindeleien erst noch zurückweisen muß, ist ein Beweis für den Tiefstand kommunistischer Blätter.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Delegierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Berlin, nahmen in einer am Donnerstag, den 10. d. Mts., stattgehabten Versammlung unter anderem auch zu den Lohnstreitigkeiten im Berliner Baugewerbe Stellung.

Nachdem die Unternehmer den am 14. Januar d. Js. unter Vorsitz des Herrn Regierungsrats Dr. Goldschmidt gefällten Schiedsspruch, der ab 10. 1. eine Lohnerhöhung von 50 Pf. vorsah, abgelehnt hatten, fanden durch Vermittelung des Reichsarbeitsministeriums am 26. Januar neue Verhandlungen statt.

Der Vertreter des Arbeitsministeriums hatte sich vergeblich bemüht, auf die Unternehmervertreter einzuwirken, noch einmal an ihre Mandatgeber zurückzukehren, um den Spruch des Bezirkslohnamts zur Annahme zu empfehlen.

Seitens des Arbeitsministeriums wurde nun der Vorschlag gemacht, auf die bestehenden Löhne ab 4. Februar einen Zuschlag von 25 Pf. pro Stunde zu gewähren.

Die Vertreter der Arbeitgeber des Hoch- und Tiefbaugewerbes verpflichteten sich, bei ihren Mitgliedern dafür eintreten zu wollen.

Inzwischen ist uns bekannt geworden, daß die Unternehmer des Hochbaugewerbes diesem Vergleichsvorschlag zugestimmt, die Unternehmer für das Tiefbaugewerbe dagegen denselben abgelehnt haben.

Hierdurch war eine neue Situation geschaffen zu der der Vertrauenskörper am 10. d. Mts. Stellung nahm.

Nach ausgiebiger Aussprache, in der das Für und Wider erörtert wurde, ist die Generalversammlung zu dem Resultat gekommen, den Vorschlag abzulehnen.

Im Hinblick darauf, daß die Verantwortung bei solch immerhin doch wichtigen Entscheidung ziemlich groß ist, herbeigeführt dadurch, daß das Stimmenverhältnis sich gegenseitig ziemlich die Wage hält, hat die Abstimmung nunmehr per Stimmzettel in den kommenden Bezirksversammlungen zu erfolgen.

Streik auf den Kohlenplätzen. Auf den Berliner Kohlenplätzen ist gestern ein Streik der Kutscher und Arbeiter ausgebrochen. Der Schlichtungsausschuß hatte den Arbeitern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 60 Pf. bewilligt, ohne daß die Arbeitgeber diese Erhöhung bisher durchgeführt hätten. Die Arbeiter hatten darauf den Arbeitgebern ein bis zum 15. Februar laufendes Ultimatum gestellt, und als bis zum gestrigen Tage keine Antwort erfolgt war, haben sie die Arbeit niedergelegt, ohne vorher die Genehmigung der zuständigen Gewerkschaft, des Transportarbeiterverbandes, einzuholen. Durch den Streik wird vor allem die Versorgung der Kleinbezieher von Kohlen in Frage gestellt, weil der Abtransport der Kohlen von den Lagerplätzen und der Transport von den Bahnhöfen nach den Plätzen verweigert wird. Es ist zu befürchten, daß infolge der geringen Kohlenvorräte der Bäckereibetrieb Störungen erleiden könnte. Die Unternehmer beklagen sich oft über Kontraktbrüche der Arbeiter. Sowie aber mal zuungunsten der Unternehmer ein Spruch gefällt wird, erfolgt prompte Sabotage, die in diesem Fall zum sofortigen Streik führte, für den die Kohlengroßhändler die Verantwortung tragen.

Aus den Organisationen

Freitag 18. Februar

Treptow-Baumschulenweg. Abends pünktlich 6 Uhr Flugblattverbreitung. Treffpunkt: in Treptow: Spedition „Freiheit", Genosse Weß, Kiefholzstr. 15; in Baumschulenweg: von den Bezirkslokalen aus. Wer fehlt, vernachlässigt die Parteipflicht.

Sonnabend, 19. Februar

Halensee-Schmargendorf. Die Halenseer Genossen versammeln sich im Zahlabendlokal in der Westfälischen Straße, und die Schmargendorfer Genossen im „Wilden Eber", pünktlich 7 Uhr abends, zu einer äußerst wichtigen Besprechung. Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

Schöneberg-Friedenau. Alle Genossen, die am Sonntag mit aufs Land gehen, treffen sich heute abend 6 Uhr in der Spedition. Wahlscheine sind mitzubringen.

Sonntag, 20. Februar

Dritter Distrikt. Landtagswahl! Distrikts-Zentral-Lokal: Krüger, Grimmstr. 1. 1. Abteilung: Kiever, Yorkstr. 61. 2. Abteilung: Zossener Str. 1, Ecke Baruther Straße. 3. Abteilung: Krüger, Grimmstr. 1. 4. Abteilung: Kern, Schönleinstraße 26. Genossen, die zum Wahltage noch keine Funktion haben, wollen sich zur Wahlhilfe in den Abteilungslokalen melden.

Achter Distrikt. Das Zentral-Wahlbureau zur Landtagswahl befindet sich bei Wittschub, Petersburger Str. 8. Die Abteilungs- bzw. Bezirksführer werden ersucht, alle überzähligen Kräfte dorthin zu senden.

Elfter Distrikt. Das Zentral-Wahlbureau befindet sich bei Kube, Strelitzer Straße 53; Fernspr.: Amt Humboldt (287). Sämtliche Genossen, die in ihren Abteilungen überzählig sind, haben sich hier morgens 8½ Uhr zu melden. Das Wahlresultat der Abteilungen ist sofort nach hier zu übermitteln.

Schöneberg. Das Zentralwahllokal befindet sich bei Baum, Apostel-Paulus-Straße 20. Genossen und Genossinnen, die zur Wahlarbeit noch nicht eingeteilt sind, melden sich Sonntag früh dort.

Friedenau. Das Zentralwahllokal befindet sich bei Klähe, Handjerystr. 60/61. Genossen und Genossinnen, die zur Wahlarbeit noch nicht eingeteilt sind, melden sich dort Sonntag früh.

Treptow-Baumschulenweg. Heute, dem Tage der Wahl, treffen sich sämtliche Genossen und Genossinnen um 8 Uhr in den Zentralwahllokalen: für Treptow bei Rother, Kiefholzstr. 35; in Baumschulenweg: bei Voges, Baumschulenstr. 1...

Vereinskalender

Freitag 18. Februar

Autogenwerke. Achtung! Betriebsräte und Obleute! Alle Betriebe, die noch von der „Aga" Sammellisten im Umlauf haben, bitten wir, umgehend dieselbige zurückzusenden bis spätestens den 20. Februar, um abrechnen zu können. Herzbergstr. 82–86. Tel.: Lichtbg. 1242.

Sonntag, 20. Februar

Soz. Proletarierjugend Neukölln. Beteiligung an der Wahlarbeit nach der Einteilung am Freitag!

Geschäftliches

Das Kaufhaus Gebrüder Leyser, Wiener Straße 84, beginnt heute mit einem sehr billigen Verkauf von Emaillewaren und Kleiderstoffen und verweisen wir auf das heutige Inserat.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Romeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit" Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Aus erster Hand
ab Engroslager W. Reinecke, SW. Katzbachstr. 28. Kurf. 284, an Jedermann: Feldbe [illegible] 70.—, Stahlmatr. „Ostpius" m Unterl. b. 90 cm brt. 122.—, dreiteil. Auflagen 90.—, 160.—, 175.—, Kinderbettst. 180.—, große Metallbettst. 130. in Messing 375.—

Botenfrau sofort gesucht f. Tour
Danziger Str. 1–16, 17–32
Fransecktstr. 16–21, 40–48
Wörther Str. 34–38
Sped. Werner, Greifswalder Str. 29

Der Bolschewismus wie er wirklich ist
wird behandelt in der Schrift von Jefimow
Die Soziologie des Bolschewismus
Preis 5 Mark
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Straße 8–9

Schlafzimmer
eichenes, Spiegelschrank, Marmortoilette mit Facettespiegel, Nachttische, Bettstellen mit Stahlmatratzen, Rohrstühle 3850,—; dasselbe weiß lackiert 3500,—, Herrenzimmer, 2 m Bibliothek komplett 4650,—, Speisezimmer gediegene Ausführung, mit 6 echten Lederstühlen 4250,—, Kücheneinrichtung 575,—, Klubgarnituren 4000,—, nußbaum Standuhren 1200,—. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen u. Einzelmöb. zu enorm billig. Preisen.
Hans Lennert
Berlin N, Lothringer Str. 55 am Rosenthaler Platz.

Born, Reichenberger Str. 7, verkleinert Leinenkragen.

Zur bevorstehenden Einschätzung zur Reichseinkommensteuer muß jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende haben
Das Reichseinkommensteuergesetz
Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager
Preis 4.— Mark
Die knappe, übersichtliche und allgemeinverständliche Darstellung wird jedem Steuerpflichtigen restlose Aufklärung über die wichtigsten Steuerfragen verschaffen, wie die Abzüge vom Einkommen, den steuerfreien Teil des Einkommens, die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, den Steuerabzug usw.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8–9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit"

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8–9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Genossen! Raglans, Ulster, Schlüpfer, Anzüge, Cutaways, gestreifte Hosen, Wintermodelle, sind eingetroffen in unübertroffener großer Auswahl von 500 Mk. an. Burgher, Reitzer Straße 20, vorn II. Fahrverbindung Kottbuser Brücke.

Gardinenverkauf zu billigen Preisen: Küchengardinen 32.—, Meterwaren 8.— an, Künstlergarnituren dreiteilig 85.— an, Madrasgarnituren, Bettdecken 65.—, Deutsch, Landsberger Straße 13, part. Kein Laden.

Gelegenheitskauf. Selbstgefertigte elegante Herrenanzüge 290.— Mark, Jünglingsanzüge 240.—, Kuß, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Räderweidlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 874).

Kreuzfüchse 195.—, Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzt. Herrengarderobe, Taschenuhren, Goldwarenlager. Staunend billig. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark an, Alaskafüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Möbeleinkauf ganze Wirtschaften auch einzeln kauft Methöfer, Christianiastraße 8.

Reizende Schlafzimmer, Ankleideschrank, Trumeau, Sofa-Umbau, Bettstellen, Autoküche, Schrank u. Vertikow, Ausziehtisch, Ruhebett, Büffett, Schreibtisch verkauft Trig, Köpenicker Straße 154, IV.

Möbel, gebraucht und neu. Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten.

Chaiselongues 300.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 120.—. Wolter, Stargarder Straße achtzehn.

Gelegenheit. Kleiderschrank 150, Vertiko 120, Sofaumbau, Büfett, Trumeaus, Schreibtische, Waschtoiletten, Flurgarderoben, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen 175, große Auswahl in Einzelstücken, Bettstellen, Stand Betten 150, verk. Gottlieb, Müggenerstr. 13, Bahnhof Gesundbrunnen. Versand auch nach außerhalb. Lieferung frei Haus.

Möbel

Küche, gebraucht, privat zu verkaufen. Penkert, Steglitzer Straße 30, Sth. rechts.

Chaiselongues 150.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Meschke, Augustastr. 32a, Luyb.

Kaufgesuche

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertungs-Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 169.

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Str. 20a (gegenüber Manteuffelstr.) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Leim, Schellack, Firnis sucht Industrie, Neue Königstr. 87.

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Fenker & Pilz, Schwedter Straße 258.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager, jeden Posten, kauft Humboldt 210, Schwengel, Raumerstraße 22.

Spiralbohrer, Holz-, Schloß- u. Maschinenschrauben, Nägel, Feilen und diverse Werkzeuge kauft bei günstiger Preisstellung und einwandfreier Ware Arno Anders & Co., Segnitzer Str. 15. (Moritzpl. 15674).

Kugellager, Bohrketten, Unterbrecher dringend zu kaufen gesucht Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163 (Humb. 461).

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen, alte, neue kauft höchstzahlend Mechanische Werkstatt, Reinickendorfer Straße 80.

Spiralbohrer kauft Machek, Neukölln, Emser Straße 74.

Spiralbohrer, Schmirgelleinwand, Reibahlen, Gewindebohrer, Holzbohrer, Hammer, Handbohrmaschinen, Stechbeitel, alle Arten Zangen, Holz-, Schloß-, Maschinenschrauben kauft gegen sofortige Kasse Werkzeughandlung Rüdersdorferstraße 10. Königstadt 8607.

Kugellager kauft dauernd jeden Posten Oberspr. 66 (Laden) Tel. Kgst. 2783.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Berger, Prenzlauer Straße 56 (Alexanderplatz.)

Ansiedelungen

Selbstbau
Parzellen teils eingezäunt, nahe Bahnhof Fredersdorf, Hohenneuendorf. Kleine Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Treitschkestraße.

Mietgesuche

Möblierte Zimmer, Wohnung vermiet., Kauf, Tausch Puttlitzstraße 6. Moabit ... Nachweisbureau Groß-Berlin Vermieter kostenlos.

Tiermarkt

Riesenkaninchen verkauft Landsberger Str. 11

Verschiedenes

Born, Reichenberger Str. 7, repariert Dauerwäsche

Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Haselbach, Neukölln, ...straße 10.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt ... Löwenstein, „Der Elternbeirat" (2.50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8–9.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 1.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Der Mord an Karl Liebknecht und Luxemburg (15. Januar 1919). Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials. Mit Photographien der Ermordeten ... Gegen Einsendung von 6 Mk. zu beziehen von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Gelegenheitskäufe und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", ... Straße 64.